



Dorothee Schiwy
Sozialreferentin

Landeshauptstadt München
Direktorium, BA-Geschäftsstelle Nord
Vorsitzender des BA 10
Herr Wolfgang Kuhn
Ehrenbreitsteiner Str. 28 a
80993 München

Datum 23.05.19

**Sicherheit in der staatlichen Unterkunft Franz-Mader-Str. 4-8,
80992 München**

BA-Antrags-Nr. 14-20 / B 05976 des Bezirksausschusses
des Stadtbezirkes 10 – Moosach vom 18.03.2019

Sehr geehrter Herr Kuhn,

bei dem o. g. Antrag handelt es sich um eine laufende Angelegenheit der Verwaltung,
weswegen die Erledigung auf dem Büroweg erfolgt.

Das Sozialreferat hat sich gemäß Ihres o.g. Antrages mit Schreiben vom 24.04.2019 an die
Regierung von Oberbayern (ROB) gewandt und um Stellungnahme zu den von Ihnen
aufgeworfenen Fragen gebeten. Mit Schreiben vom 09.05.2019 haben wir von der ROB
folgende Rückantwort erhalten:

„Wichtig ist zunächst die Information, dass die Unterkünfte der Anschlussunterbringung keine
besonders gesicherten Aufnahmeeinrichtungen sind, da sie bereits der Integration dienen und
sich demnach den Wohnverhältnissen der übrigen Bevölkerung annähern sollen.

Die Personen der Organisation „Wodans Erben“ hatten keine Erlaubnis der Regierung von
Oberbayern zum Betreten des Grundstückes. Unmittelbar nach Bekanntwerden des Vorfalls
hat die Regierung von Oberbayern Strafanzeige und Strafantrag wegen Hausfriedensbruch bei
der zuständigen Polizeiinspektion gestellt.

Wir missbilligen solche Vorfälle in den Asylbewerberunterkünften aufs Schärfste. Auch nach
unserem Kenntnisstand ist es jedoch zu keiner Konfrontation mit Bewohnern/innen
gekommen.

Einzelne Bewohner der Unterkunft haben zwar nach den uns vorliegenden Informationen die Aktion mitbekommen, bis heute sind aber keine Beschwerden bei uns eingegangen.

Um solche Vorfälle in Zukunft zu verhindern, hat die Verwaltungsleitung der Regierung von Oberbayern seit Bekanntwerden des Vorfalles bereits mehrfach Gespräche vor Ort mit den Bewohnern geführt. Der Leiter der Unterkunft hat in diesen Gesprächen die Bewohner dahingehend sensibilisiert, dass sie bei auffälligen Vorkommnissen sofort die Polizei kontaktieren sollen.

Die Regierung von Oberbayern ist zudem im steten Austausch mit der zuständigen Flüchtlings- und Integrationsberatung durch die Innere Mission München vor Ort, auch mit der Bitte, ebenfalls die Bewohner in deren regelmäßig stattfindenden Gesprächen entsprechend zu sensibilisieren.

Ferner wurden sowohl Bewohner als auch in der Unterkunft Beschäftigte darauf hingewiesen, das Zufahrtstor zur Unterkunft künftig durchgehend geschlossen zu halten. Das Zufahrtstor ist im geschlossenen Zustand nur mittels Schlüssel zu öffnen, den die Bewohner und die Beschäftigten besitzen.

Zu den üblichen Bürozeiten sind eigene Mitarbeiter der Regierung von Oberbayern als Verwaltungsleitung vor Ort. Schon bisher wurde die Unterkunft von einem Sicherheitsdienst in der Nacht bestreift. Dies wurde nach dem Vorfall in Abstimmung mit der zuständigen Polizeiinspektion auf die Wochenenden auch tagsüber ausgeweitet.

Ferner ist nunmehr die Rufbereitschaft der Regierung von Oberbayern für die Bewohner/innen der GU Franz-Mader-Straße außerhalb der üblichen Bürozeiten erreichbar.“

Der Antrag 14-20 / B 05976 des Bezirksausschusses des Stadtbezirkes 10 vom 18.03.2019 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Dorothee Schiwy
Berufsm. Stadträtin